DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 15. Landesparteitages

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.47 Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Luise Neuhaus-Wartenberg, Susanne Schaper, Rico Gebhardt

---

Der Parteitag möge beschließen:

Einfügung des folgenden neuen Kapitel ins Landeswahlprogramm:

Ostdeutsche Arbeits- und Lebensleistungen anerkennen

Fast 30 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD sind immer noch erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West sowie rechtliche Benachteiligungen der Menschen, die Erwerbsbiografien in der DDR haben oder heute in Ostdeutschland leben, festzustellen: z.B. bei der Rente, bei den Einkommen, bei der Berücksichtigung in leitenden Funktionen von Behörden, Gerichten, Unternehmen und Hochschulen sowie bei der Verteilung von Vermögen.

Die nach wie vor festzustellenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fehlentwicklungen in den ostdeutschen Ländern haben ihre Ursache sowohl in den grundsätzlichen Weichenstellungen für die deutsche Einheit, die mit dem Einigungsvertrag im Jahre 1990 getroffen worden sind, als auch in den seither unaufgearbeiteten sowie ungelöst gebliebenen ökonomischen, rechtlichen und politischen Versäumnissen. Hinzu kommen die Verletzungen bzw. die Nichtumsetzung von Bestimmungen des Einigungsvertrages zum Nachteil der Menschen, die in der DDR wirksame Rechts- und Eigentumspositionen, fachliche Qualifikationen und Rentenansprüche erworben hatten.

Das Fundament für die Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft, in der alle, ob in Ost oder West gleich gut und sozial sicher leben können, setzt die Beseitigung immer noch bestehender Benachteiligungen zwingend voraus.

Wir wollen Strukturen schaffen und unterstützen, insbesondere wirtschaftliche. Der Aufbau und Ausbau dieser Strukturen gehen nur gemeinsam. Dabei sollten altbewährte Praxis und innovative Ideen zu einer selbstbewussten Gestaltung dieser Struktur führen.

Wenn der Osten und insbesondere Sachsen Testfeld für neoliberale Politik gewesen ist, ist es Zeit, neue, andere Konzepte des Gemeinwohls zu probieren. Es braucht demnach andere Steuerungsmöglichkeiten, eine komplett andere Art von Wissen und Wissensvermittlung und eine neue Idee von Zukunft.

Bei all dem kommt es vor allem auf die neue Generation an, die besagten anderen Blick auf den vergangenen und zukünftigen Osten hat. Deswegen ist es höchste Zeit dem Einigungsvertrag entsprechend konkrete Taten und Maßnahmen folgen zu lassen, um endlich und tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse in West und Ost sowie in Stadt und Land zu schaffen. Das stärkt das für die Zukunft notwendige Vertrauen in einen handlungsfähigen/-willigen sozialen Rechtsstaat und in eine demokratische Politik

DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 15. Landesparteitages

Treuhand

Für viele Ostdeutsche ist die Treuhandanstalt bis zum heutigen Tage mit einschneidenden und prägenden biografischen Verlusterfahrungen und erlittenen Enttäuschungen mit Blick auf die freiheitliche Demokratie und die soziale Marktwirtschaft verbunden. Die selbst erfahrenen Ungerechtigkeiten der Treuhandgesellschaft im Umgang mit den volkseigenen Betrieben der DDR und deren Beschäftigten, prägt für viele Ostdeutsche bis heute ihr Bild von der Wiedervereinigung Deutschlands als Ausverkauf des Ostens. Auch und gerade in Hinblick auf den sozialen Frieden und Zusammenhalt in Sachsen muss das Treuhandunrecht aufgearbeitet werden.

Unser Ziel ist gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat auf die zeitnahe Einsetzung einer mit ausgewiesenem externen wissenschaftlichen Sachverstand besetzten Kommission zur Untersuchung und Bewertung der Aktivitäten der Treuhandanstalt und der späteren Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) hinzuwirken. Dazu ist sicherzustellen, dass die dafür erforderlichen Akten und Unterlagen der Treuhandanstalt und der BvS auch weiterhin nach Ablauf der gesetzlichen Verschlussfristen vollständig gesichert und der Öffentlichkeit sowie Wissenschaft und Forschung rückhaltlos zugänglich gemacht werden.

DDR-Zusatzrenten

Wir wollen die längst überfällige Entlastung der Haushalte der ostdeutschen Bundesländer von den seit Jahren von ihnen zu tragenden Aufwendungen für die Zahlung von DDR-Renten und Sonderrenten durch Übernahme dieser Zahlungen durch den Bund bzw. mindestens der Veränderung der derzeit gelten Regelung von 60:40 Prozent der Kosten von Ländern und Bund umkehren zu 40:60 Prozent.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____